

# AL Info<sup>3</sup> / 22

- 3 Abtretendes Sozialbehörde-Mitglied im Gespräch mit seiner Nachfolgerin. Richi Blättler und Rahel Marti tauschen sich aus.
- 4 Alt-Stadtrat Wolff und Alt-Gemeinderatspräsident Schiow im Briefaustausch mit Andrea Leitner.
- 6 Tagesschule 2.0: Welche AL-Forderungen im Gemeinderat überzeugten und was die «Tagesschule Superlight» des Stadtrats will.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## 67% Frauen, 100% Elan

### Im Verlauf der Zeit hat sich die AL zur Kantonsratsfraktion mit dem grössten Frauenanteil entwickelt. Wie wirkt sich dies aus?

2007 war die AL durch zwei Männer vertreten. Bei den Wahlen 2011 stiess ich dazu und erhöhte den Frauenanteil auf 33 Prozent. Vier Jahre später kamen mit Laura Huonker und Manuel Sahli zwei neue Kantonsrät:innen hinzu. Sie bewirkten dreierlei: Die AL konnte eine eigene Fraktion bilden, der Altersdurchschnitt wurde massiv gesenkt und der Frauenanteil auf 40 Prozent erhöht. 2019 stiess mit Melanie Berner eine weitere Frau zur Fraktion. Wir waren nun zu sechst und überholten die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU), die nur noch vier Sitze machte und damit keine eigene Fraktion mehr bilden konnte. Mit Melanie stieg der Frauenanteil auf 50 Prozent. Während der Legislatur traten mit Laura Huonker und Kaspar Bütikofer zwei bewährte Kantonsrät:innen zurück. Für sie rückten Anne-Claude Hensch Frei und Nicole Wyss nach. Damit erreichte die AL-Fraktion einen sensationellen Frauenanteil von 67 Prozent.

### Gegenseitige Unterstützung ist wichtig

Dass die Öffentlichkeit diesen hohen Frauenanteil noch nicht wahrnimmt, hat nicht mit der konkreten Arbeit der Fraktion zu tun, sondern mit den Vorurteilen, die sich nach wie vor hartnäckig in den Köpfen - vor allem männlicher Medienschaffender - halten. Wie sich die starke Frauenvertretung in der Arbeit der AL-Fraktion auswirken wird, lässt sich aktuell noch nicht genau sagen. Zu frisch sind Melanie Berner und Nicole Wyss in der Fraktion. Es braucht Geduld und



AL-Frauen im KR: Judith Stofer, Nicole Wyss, Anne-Claude Hensch Frei und Melanie Berner

jahrelange Einarbeitung, um im komplexen Parlamentsbetrieb voll funktionieren und die richtigen Fragen stellen zu können. Erfreulich ist, dass sich die Frauen innerhalb der Fraktion gegenseitig unterstützen, dass man aufeinander zählen kann und es immer offene Ohren gibt. Das war bei meinem Einstieg in die kantonale Politik anders.

### Erfolge sind möglich

Die sechsköpfige AL-Fraktion ist eine Minderheit im 180-köpfigen Kantonsrat. Der Kantonsrat ist traditionell bürgerlich dominiert. Das zeigt sich auch an den verkrusteten Strukturen. Um in einem solchen Gebilde Erfolge zu erzielen, sind Hartnäckigkeit und Verhandlungsgeschick gefragt. Dass es die AL braucht, dafür stehen zwei aussergewöhnliche Erfolge. Ein Coup ist der AL 2009 gelungen. Die Stimmbevölkerung sagte Ja zur AL-Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung für ausländische Millionär:innen. Dank drei AL-Volksinitiativen und taktischem Geschick in der Kommissionsarbeit konnten wir erreichen, dass die Prämienverbilligung

gen stetig erhöht wurden.

### Auf neuen Wegen

In einem Parlament, das diverser zusammengesetzt ist, entwickeln sich neue Dynamiken und andere Themen rücken in den Fokus, die vorher undenkbar waren. Als der Frauenanteil 2019 von 33 auf 40 Prozent stieg, waren endlich auch handfeste Verbesserungen für Frauen und die Vereinbarung von Beruf und Familie möglich. Dank der von der SP ins Leben gerufenen «Kooperation» (heute heisst sie «Zukunftsallianz»), einem Bündnis von AL, EVP, GLP, Grünen und SP, fanden Vorstösse für eine höhere finanzielle Beteiligung des Kantons an den Kosten für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung eine Mehrheit. Seit vergangenem Sommer, seit der Frauenanteil in der Fraktion zwei Drittel beträgt, ist dieser Aufschwung auch innerhalb der AL wahrnehmbar. Wir verlassen die traditionellen, vermeintlich sicheren Pfade mit den einzig „richtigen“ Königswegen und lassen uns auf neue Experimente ein.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

## Termine

**Dienstag, 28. Juni:** AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr

**Freitag, 26. August und Samstag 27. August:** Röntgenplatzfest 2022 – halte Ausschau auf unserer Homepage für das genaue Programm

**Am 25. September:**



Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich  
sekretariat@al-zh.ch  
Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

**Layout** Dafina Gash, Zoe Lehmann,

**Redaktion** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

# Verein Noigass wagt Hosenlupf

**Die Noigass-VV hat beschlossen, die Initiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen» aufrechtzuerhalten. Im September stimmen wir ab.**

Das Ziel der Initiative ist klar: 100 Prozent – alle 375 Wohnungen auf dem Neugasse-Areal – in Kostenmiete! Seit 2000 sind auf SBB-Arealen in der Stadt 1504 Neubauwohnungen entstanden, davon 1191 Wohnungen zu Mieten im obersten Marktsegment. Nur bei zwei Arealen und nur unter massivem politischem Druck hat die SBB Hand geboten für gemeinnützigen Wohnungsbau: bei Letzibach D mit 265 städtischen und beim Zollhaus mit 48 genossenschaftlichen Wohnungen.

313 von 1504: Die gemeinnützigen Wohnungen machen bloss ein Fünftel aller Wohnungen auf städtischen SBB-Arealen aus. Dieses Missverhältnis will die Initiative korrigieren. Wird an der Neugasse 100 Prozent gemeinnützig gebaut, steigt der Anteil von Wohnungen in dauerhafter Kostenmiete auf ein Drittel.

**SBB: Gib unser enteignetes Land zurück!**

Nordostbahn und SBB haben ihre Areale seinerzeit für einen öffentlichen Zweck – Betrieb einer Bahn – erworben oder unter Zwang enteignet. Von der Bahn nicht mehr benötigte Areale müssen einem neuen öffentlichen Zweck zukommen: dem Bau preisgünstiger Wohnungen. Als Bundesbetrieb muss die SBB ihren Beitrag zur Verwirklichung des wohnpolitischen Ziels leisten, dass bis 2050 ein Drittel aller Mietwohnungen gemeinnützig sind.

Bei der Neugasse kommt ein spezieller Aspekt hinzu. 18'000 m<sup>2</sup> – rund zwei Drittel des Neugasse-Areals – gehörten ursprünglich der Stadt. Sie musste die Fläche 1925 für den Bau des Bahn-Depots zwangsweise an die SBB abtreten. Dass die SBB jetzt, wo sie das Depot nicht mehr

braucht, der Stadt ein Rückkaufsrecht zu fairen Bedingungen anbietet, ist nur recht und billig.

**SBB muss Weichen noi stellen**

Nach Einreichung der Initiative hat die SBB erste Teilzugeständnisse gemacht: zusätzlich zum bereits zugesicherten Drittel gemeinnütziger Wohnungen auch ein Drittel der Gewerbeflächen in Kostenmiete und ein Baurecht an die Stadt für ein Schulhaus. Zudem soll ein zweites Drittel der Wohnungen während 50 Jahren mit preislich limitierten Mieten vermietet werden. Diese Vereinbarung ist durch einen separaten Beschluss des Gemeinderats abgesichert und wird durch die Abstimmung über die Initiative nicht in Frage gestellt.

Rein formalrechtlich lässt sich ein Verkauf nicht erzwingen. Aber ein Ja zur Initiative kann die SBB keineswegs ignorieren. Die Landverkäufe Letzibach D und Zollhaus zeigen: Die SBB reagiert durchaus auf politischen Druck. Mit der Abstimmungskampagne wird jetzt Druck aufgebaut: Bei einem Ja am 25. September werden die Karten nochmals neu gemischt.

Bis 2040 will die SBB schweizweit mindestens 12'000 Wohnungen bauen. Damit gibt ihre Immobilienpolitik auch in Bundesbern zu reden. Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt SP-Nationalrat Christian Dandres Kostenmieten und Mietzinskontrollen bei SBB-Wohnungen. Und GLP-Nationalrat Beat Flach will mit einer Motion Bundesbetriebe verpflichten, Mietzinsberechnungen und Renditen pro Mietobjekt periodisch offenzulegen.

Die Noigass-Kampagne in Zürich sendet ein klares Signal für einen Kurswechsel bei SBB Immobilien nach Bern.

**Niggi Scherr, Vorstand Verein Noigass**



Der Immo-Krake war auch an der letzten Noigass-VV dabei (Bild: Michael Egloff)

# Sozialbehörde unter sich

**Rahel Marti löst Richi Blättler als Mitglied der Sozialbehörde (SoBe) ab. So haben sich der Abtretende und die Neuantretende zu einem Gespräch getroffen und über die Rolle in der Sozialbehörde diskutiert.**

Liebe Rahel, du bist Journalistin und Architektin. Was ist deine Motivation für die Sozialbehörde?

**(Rahel)** Mich interessieren die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung und Sozialhilfe. Zum Beispiel trägt es enorm viel zu unserem Wohlbefinden bei, wenn wir gut und sicher wohnen. Aufgrund der Stadtentwicklung verdrängt zu werden, kann Betroffene arg destabilisieren. Darauf möchte ich in meiner Funktion als Vertreterin in der Sozialbehörde achten. Ebenso möchte ich herausfinden, inwiefern andere Aspekte des städtischen Lebens, wie beispielsweise sich selbst zu versorgen, mobil zu sein oder am öffentlichen Leben teilzuhaben, Bedeutung erlangen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

Lieber Richi, ich würde also behaupten, dass zwischen dem Wohnungsmarkt und den Sozialhilfefällen einer Stadt ein enger Zusammenhang besteht. Ist das eine These, die sich in der Sozialbehörde erhärtet?

**(Richi)** Das stimmt, in vielen Fällen entscheiden wir über die Höhe der Miete. Die Sozialhilfe akzeptiert keine zu teuren Mieten und wer umziehen muss, verliert soziale Kontakte. Für die Stadtkasse ist es entlastend, wenn Sozialhilfebeziehende in die Agglomeration ziehen, doch die Durchmischung und Kultur in der Stadt leidet und der Verkehr nimmt zu.

**(Rahel)** Wie können wir in der Sozialbehörde da Einfluss nehmen? Haben wir Spielraum?

**(Richi)** Ich würde sagen ja, aber er ist manchmal nicht offensichtlich. Wir müssen ihn immer wieder suchen.

**(Rahel)** Welchen Fehler sollte ein Mitglied der Sozialbehörde möglichst vermeiden?

**(Richi)** Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe sieht es auf dem ersten Blick so aus, als ob es vor allem um Geld ginge. Oft geht es aber um Gerechtigkeit und es wäre schade, Menschen als ökonomische Automaten zu betrachten.

**(Rahel)** Geld ist wichtig. Der Zugang zu Dienstleistungen, zur Nachbarschaft und zum öffentlichen Leben ist ein weiterer wichtiger Faktor. Das gerät vor lauter harten Fakten vielleicht manchmal etwas in den Hintergrund.



Neues SoBe-Mitglied: Rahel Marti

**(Rahel)** Was kann man dagegen gar nicht oft und lange genug machen?

**(Richi)** Fragen stellen und die Sichtweise der Betroffenen einbringen. Oftmals haben die Sozialarbeitenden und die juristischen Fachleute einen Entscheid perfekt vorbereitet und gut begründet. Aber auch dann lohnt es sich, nochmals zu hinterfragen und zu schauen, ob die Realität nicht doch komplexer ist. Die Sozialbehörde ist das oberste Organ der Sozialen Dienste der Stadt und hat Einfluss auf die Stimmung in der Verwaltung und damit auf die Kultur am Rande der Gesellschaft.

**(Rahel)** Was tut denn die Sozialbehörde konkret?

**(Richi)** Einerseits haben wir die Gelegenheit, strategisch mitzudenken, und andererseits fallen wir in der Sonderfall- und Einsprachekommission konkrete Entschiede. Dazu erhalten wir die Unterlagen, bereiten uns vor, können im Fallsystem nachschauen und entscheiden dann 20 bis 40 Fälle in einer Sitzung.

**(Rahel)** Wenn pro Fall nur wenige Minuten Besprechungszeit vorgesehen sind, wie kann dann dennoch für eine befriedigende Diskussion gesorgt werden?

**(Richi)** Das Schwierigste scheint mir, die Sichtweise der Betroffenen einzubringen und in der Vorbereitung neugierig zu bleiben, trotz dem trockenen Papier, das wir bekommen. Dann stehen uns die Fallführenden für Fragen zur Verfügung, ebenso die juristischen Fachleute, und das gilt es zu nutzen. Ich wünsche Dir viel Phantasie und Erfolg für die Arbeit in der Sozialbehörde! Herzlichen Dank für das Gespräch und das Engagement!

**Gespräch zwischen Rahel Marti und Richi Blättler**

# AL-Musik Tipp



**Lisa Letnansky empfiehlt: Stereolab, Mars Audiac Quintet, Duophonic Records und Elektra Records,**

**1994.** Die Songs kommen leicht und poppig daher und man kann sie wunderbar bei Besuch im Hintergrund laufen lassen. Doch wenn man sich mal die Mühe macht, genau hinzuhören, erkennt man, dass Stereolab – die anglo-französische Band, die in den 1990er Jahren von sich reden gemacht hat – meist dem falschen Genre zugeordnet wurde. Je nach Medium oder Kritiker:in ist da von Avant-Pop, Space-Pop oder Indie-Pop die Rede. Doch eigentlich haben Stereolab immer vor allem eines gemacht: politische Musik. Vor allem «Ping Pong», der fünfte Song des Albums «Mars Audiac Quintet», der die Perfidität der kapitalistischen Narrative verhandelt, zeigt die marxistische Prägung der Songwriterin Laetitia Sadier. Weitere Soloalben und Songs mit Titeln wie «There Is a Price to Pay for Freedom (And It Isn't Security)» oder «Socialisme ou Barbarie» führen die Dringlichkeit ihrer Texte weiter. Da lohnt sich ein genaues Hinhören.



**Ivona Susnja empfiehlt: Kendrick Lamar, Mr. Morale & the Big Steppers, PGLang, TDE, Aftermath Entertainment**

**und Interscope Records, 2022.** Im Mai 2022 veröffentlichte Kendrick Lamar sein langersehntes fünftes Studioalbum mit dem Titel «Mr. Morale & the Big Steppers». Der Rapper aus Compton liess sich fünf Jahre Zeit, seit der Erscheinung seines letzten Albums. Kendricks Texte beinhalten oftmals Kritik an der amerikanischen Regierung. Er rappt über die sich verschärfenden Konflikte unserer Zeit – über die geteilte Nation in den USA, institutionellen Rassismus und Polizei-Brutalität. Das neue Album ist überraschend anders, aber nicht untypisch. Kendrick möchte das Trauma seiner Generation aufarbeiten und toxische Denkmuster verlernen. Er zeigt die Momente auf, in denen das besagte Trauma die Verbindung zu seinem Verhalten offenbart. Er spricht über Vaterschaft, Materialismus, Untreue, Sucht, sexuelle Übergriffe, Patriarchat, Queerness und «Cancel Culture». Textlich anspruchsvoll, musikalisch unfassbar gut.

# No Regrets? - No Regrets!



## Lieber Richi, lieber Mischa

*Ihr seid beide Persönlichkeiten, welt- und wortgewandt, und mit der Fähigkeit zum Dialog. Rüpelhaftigkeit, Ellenbögeleien und primatenhaftes Machtgehabe liegen euch fern. Ihr habt damit euren Ämtern und auch der AL ein anständiges Gesicht verliehen, wenn ihr mir diesen altmodischen Ausdruck erlaubt. Schon dafür habt ihr Dankbarkeit verdient.*

*Dein Amt, Mischa, stand unter dem Einfluss der Pandemie, du hast das Beste daraus gemacht, vielleicht aber nicht all das, was du dir vorgenommen hattest. Du, Richi, warst neun Jahre lang Stadtrat in einem System der Konkordanz und ausserdem dem Kollegialprinzip verpflichtet. Warst als Vertreter einer Linksaussenpartei die Stör-Distel im rotgrünblauen Blumenarrangement. Demzufolge versuchte man, dich schnell wieder auszuspucken oder zumindest in die Schranken zu weisen. Die politischen Machtspiele mitzuverfolgen, denen du ausgesetzt warst, hat in mir Misstrauen gegen die dominante SP-Exekutive, wenn nicht gar Verachtung ausgelöst. Bin ich ungerecht? Trotzdem: Hättest du dich zur Wiederwahl gestellt, wärst du sehr wahrscheinlich nochmals gewählt worden.*

*Ihr habt eure jeweiligen Ämter vor einigen Wochen abgegeben und seid mitten im «Verdauungsprozess». Vielleicht schläft ihr so gut wie lange nicht mehr und singt tagsüber fröhlich «Je ne regrette rien!». Oder seid ihr in wiederkehrenden Versagensangstträumen gefangen? Der Moment scheint mir jedenfalls ideal, euch um ein Debriefing zu eurer «Exekutiv- bzw. Repräsentativ-Vergangenheit» zu bitten.*

*Natürlich kann man eure jeweiligen Funktionen und Lebenssituationen nicht über denselben Kamm scheren. Du, Mischa, bist wieder ganz normales Parlamentsmitglied; du, Richi, hattest bereits deinen «Letzten» und bist jetzt Pensionär. Parallelen gibt es dennoch: Ihr seid - in der Geschichte der Stadt und der AL einzigartig - sogenannte «höchste Zürcher» gewesen. Ihr wart in dieser Funktion für alle da und nicht in erster Linie Botschafter für die Anliegen der AL. Wie seid ihr mit diesem Dilemma umgegangen?*

*Dass Mischas Gemeinderatspräsidium eine «AL-Eintagsfliege» war - die AL hat sehr lange keinen Anspruch mehr auf*

*dieses Amt - ist allen klar. Dass die AL nun keinen direkten Draht mehr in die Exekutive hat, nachdem sie sich daran gewöhnt hat, das tut schon weh.*

*Gespannt auf eure Antworten*

**Andrea Leitner**



## Liebe Andrea

Danke für die klugen Fragen zur Causa «Die AL in der institutionellen Realpolitik».

Selbst wenn ich es gewollt hätte, hätte ich die Positionen der AL nicht tel quel umsetzen können. Im Unterschied zum Präsidialsystem, mit dem etwa Bürgermeisterin Anne Hidalgo in Paris ihre Velopolitik umsetzen kann, war ich Teil einer Kollegialbehörde, in der neun Gleichberechtigte mit einer «prima inter pares» gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen. Oft wünschte ich mir mehr Befugnisse.

Ich habe die Positionen der AL stets eingebracht, immer mit der Absicht, das Bestmögliche herauszuholen. In dem Sinn war ich «Botschafter für die Forderungen der AL». Und – wie ich meine – durchaus erfolgreich: Ganz entscheidend konnte ich die AL-Positionen zur Wohnungsfrage, in der Verkehrspolitik, bei den Rechten von Minderheiten und für die Klimaziele einbringen. Oft ist es mir gelungen, die Stadtratsposition zu beeinflussen, so etwa beim Mehrwertausgleich im Rahmen der Raumplanung, bei der fast flächendeckenden Einführung von Tempo 30, beim Rosengartentunnel oder auch bei der strategischen Frage der Umverteilung des Strassenraums sowie beim nachdrücklichen Festhalten an der Einführung einer City Card.

Dass ich nach aussen nicht immer sagen konnte, was ich hätte sagen wollen, gehört zum Arrangement dieser kommunalen Variante der Demokratie, auf das ich mich eingelassen habe. Mit dieser Einschränkung, die mich manchmal wie ein Maulkorb beklemmte, konnte ich mich arrangieren, ich war ja vollberuflich und rund um die Uhr damit konfrontiert. Die AL als Partei tat sich da schwerer.

Ich war Teil einer 5-Parteien-Regierung. Zwar dominierte Rot-Grün mit einer satten Mehrheit von 7 zu 2 oder 6 zu 3,

aber es gab kein rot-grünes Programm. Fehlt der gemeinsame Wille, bleiben die Parteien auch in der Regierung Konkurrentinnen. Und das habe ich mehr als einmal gespürt. Ganz genau wird darauf geachtet, wer sich mit welchem Thema präsentieren darf. Da spielen auch Mehrheiten im Stadtrat eine Rolle. Mit den Machtspielen habe ich mich pragmatisch abgefunden und trotzdem meine Ziele verfolgt.

Nein, «Versagensangstträume» plagen mich heute keine. Mit dem politisch und institutionell Erreichten bin ich glücklich und zufrieden. Vieles ist mir gelungen, vor allem verkehrspolitisch und klimapolitisch. Die Wende ist von mir eingeleitet und institutionell konsolidiert worden. Die Basis für die nächsten fünf bis zehn Jahre ist gelegt. Und sie ist solide.

Ich bin überzeugt, dass es einen Unterschied macht, ob die AL Teil der Rot-Grün-Regierung ist oder nicht. Wenn schon rotgrüne Dominanz, dann sollte sie auch divers ausgestaltet und die verschiedenen Spielarten von Rot-Grün möglichst umfassend vertreten sein. Insofern hat die AL auch in Zukunft die Chance, wenn nicht sogar die Aufgabe, Rot-Grün nach Links auszubauen und zu verstärken, auch in der Exekutive.

Besten Dank für die Unterstützung und auch die konstruktive Kritik

**Richi Wolff**



## Liebe Andrea

Du schreibst vom Anstand, der Richi und mich als AL-Mitglieder in hohen Ämtern der Stadt ausgezeichnet habe.

Ich würde das, was du beschreibst, eher als Respekt bezeichnen, und zwar Respekt im Sinne von Achtung, Höflichkeit, Anerkennung, aber auch von Autorität, Toleranz und Vorsicht. Respekt vor der Aufgabe und gleichzeitig jenen Respekt, den uns Ratsmitglieder und die Bevölkerung entgegengebracht haben. Ich weiss: In der AL möchten wir lieber ein wenig unanständig sein, «auflüpfisch», nicht-konformistisch und - wenn nötig - respektlos.

Richi vor allem und auch mir waren in diesen Jahren Grenzen gesetzt. Wir



Mischa und Richi auf einer Flyeraktion für die AL (Bild: Mischa Schiwow)

beide haben vermutlich einen individuellen Transformationsprozess durchlaufen. Als 60-Jähriger will ich weiterhin die Welt verändern, akzeptiere Ungerechtigkeiten ebenso wenig wie mit 19, als ich vor dem Opernhaus stand. Dennoch wäre es mir recht, wenn jetzt innerhalb der AL eine junge Generation sagen würde: «Ihr habt vieles falsch gemacht, da müssen wir jetzt einiges umkrempeln und mit neuen Ideen und Aktionsformen an die Sache gehen!» Das wird so passieren, vermutlich

weniger radikal und akut, als es zu wünschen wäre.

Bewegungen lernen aus ihrer Geschichte, zehren gleichzeitig auch davon. Deshalb hoffe ich, dass das Kapitel Regierungsbeteiligung, das mit Richi angefangen und (vorläufig) abgeschlossen wurde, ein «Lehrblätz» sein wird. Und dass meine kleine Episode auf dem «Bock» nicht umsonst war und Freund:innen wie Gegner:innen hoffentlich gezeigt hat, dass die AL auch in der Verantwortung durch-

aus ernst genommen werden kann.

Der italienische Marxist Antonio Gramsci hat den Satz geprägt «Was wir brauchen, ist Nüchternheit: einen Pessimismus des Verstandes, einen Optimismus des Willens.» Der ist mir in den Sinn gekommen, als ich deinen Brief las. Passt irgendwie gut, nicht wahr?!

Solidarische Grüsse

**Mischa Schiwow**

## Danke Richi, danke Mischa!

Die Namen Mischa Schiwow und Richard Wolff sind unweigerlich mit der Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung der AL verbunden. Böse Zungen könnten sagen, dass sie die sichtbaren Gesichter des vollendeten Gangs der AL durch die Institutionen sind. Ich würde dem entgegenhalten, dass beide mit ihrem Wirken dem städtischen und parlamentarischen Leben einen – gelegentlich entscheidenden – AL-Hauch eingebläut haben.

Richis Überraschungssprung in die städtische Exekutive wurde nicht in allen links-grünen Machtsphären mit gleicher Freude wahrgenommen. Nicht überraschend übertrug das Kollegium dem Neankömmling jene Aufgabe, die für alle Beteiligten, aber insbesondere für ihn das grösste Konfliktpotenzial in sich barg: das – damals noch so genannte – Polizeidepartement. Denn nicht wenige hofften, dass «der Wolff» sich hier seine Finger so

schnell verbrennen würde, dass das Volk ihn im Jahr darauf abwählen würde. Doch Richi hat die Aufgabe bekanntlich mit Erfolg gemeistert und in der darauffolgenden Legislatur das Departement – samt Bezeichnung – historisch umgestaltet. Gerne wäre er in dieser Position geblieben. Seine Kolleg:innen hatten aber erneut «Besseres» mit ihm vor und versetzten ihn ins Tiefbaudepartement, sein natürliches Biotop als Stadtentwickler. Hier konnte Richi in den letzten vier Jahren den Kulturwandel im Tiefbaudepartement vorantreiben, emsig an der Dekarbonisierung unserer Stadt arbeiten und damit eine nachhaltige alternative Spur hinterlassen.

Mischas Wahl war im Gegensatz dazu eine lang vorbereitete Angelegenheit. Niemand wird von einem Tag zum anderen vom Gemeinderat zur oder zum «Höchsten Stadtzürcher:in» erkoren. Die Vorbereitungen hierzu begannen bereits 2018. Nach

kurzer Diskussion in der Fraktion wurde Mischa auf den «Bock» beordert, wo er sich während zwei Jahren auf sein Präsidialmandat vorbereiten konnte. In die Geschichte wird Mischa als einer der zwei «Corona»-Ratspräsident:innen eingehen. Pandemiebedingt musste er schnell und konsequent auf die jeweiligen viralen Situationen reagieren, um die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Hygiene zu gewährleisten. Letzteres schaffte er nicht nur in konkreter, sondern auch in übertragener Hinsicht. Die Anzahl verbaler «Entgleisungen» sank unter Mischas wachsamer präsidialer Präsenz rapide. Mit seiner Politik der ruhigen Hand hat er auch komplexere Vorlagen zu einem guten Abschluss gebracht und damit das Erscheinungsbild nach aussen positiv beeinflusst.

**David Garcia Nuñez, AL-Gemeinderat und Fraktionspräsident**

## Referendum Lägernstrasse



Dietikon liegt in der Entwicklungsachse Zürich West. Damit steigen auch hier die Mieten stark an. Die Swiss Life will die Überbauung Lägern-

strasse mit bisher preisgünstigen Wohnungen abreißen und durch Neubauten ersetzen. Dabei soll die Ausnützung massiv erhöht werden: Dank einem Gestaltungsplan steigt die Geschossfläche von 17'500 m<sup>2</sup> um 37% auf 23'900 m<sup>2</sup>. Die neuen Wohnungen werden wesentlich teurer und für viele unserer Einwohnerinnen und Einwohner unerschwinglich. Zwar plant die Swiss Life in der Überbauung auch Vierzimmerwohnungen mit 95 m<sup>2</sup>. Doch die Mieten übersteigen das für viele Familien tragbare Mass. Pensionierte, aber auch junge Menschen am Beginn ihrer Berufskarriere müssen die Stadt verlassen, weil sie hier keine zahlbare Wohnung finden. Einwohner:innen, die wir gerne in Dietikon behalten würden und die viel zu unserer Stadt beitragen könnten.

Dabei gäbe es einen Weg, um in Dietikon den Bau von kostengünstigen Wohnungen zu erreichen. Artikel 49b des Planungs- und Baugesetzes (PBG) erlaubt bei Gestaltungsplänen, die zu einer erhöhten Ausnützung führen, die Festsetzung eines Mindestanteils an preisgünstigem Wohnraum. Dieses Vorgehen drängt sich bei der Überbauung Lägernstrasse geradezu auf. Für die Hälfte der Mehrausnützung könnte preisgünstiger Wohnraum verlangt werden. Diesen Weg beschreitet übrigens bereits die Stadt Zürich.

Die AL Dietikon ergreift daher mit einem breit abgestützten Referendumskomitee das Referendum gegen den Gestaltungsplan Lägernstrasse. In Dietikon darf nicht mehr verdichtet werden, ohne dass dabei preisgünstiger Wohnraum entsteht. Dies auch als Signal für kommende Gestaltungspläne, die ebenfalls eine Erhöhung der Ausnützung vorsehen. Der Stadtrat ist gehalten, von Beginn an von den Grundeigentümer:innen einen Anteil an preisgünstigem Wohnraum einzufordern.

Ernst Joss, AL-Gemeinderat  
Dietikon

# Kooperationsallianz: Papiertiger oder neue Kantonsratsmehrheit?

**Zu Beginn der Legislatur haben sich SP, Grüne, GLP, EVP und AL zur Kooperationsallianz zusammengeschlossen. Auch wenn diese von den Medien bald den Namen Klimaallianz bekam, beinhaltet das Bündnis mehr.**

In Untergruppen wurden Vorschläge zu den Themen Umwelt, Bildung, Soziales und Gesundheit erarbeitet. Das Ziel der Kooperationsallianz ist, die neue, äusserst knappe Mehrheit im Kantonsrat auszunutzen. Diese andere Mehrheit ist im Kantonsrat ein Novum. Seit ich in diesem Kantonsrat bin (2007), hatten wir immer alle wichtigen Abstimmungen verloren. SVP und FDP erzielten, wechselweise im Verbund mit CVP, EVP oder in Finanzfragen mit der GLP, immer eine Mehrheit im Rat. Zum Glück liessen sie in den beiden vorhergehenden Legislaturen viele Chancen ungenutzt und spielten ihre Mehrheiten nicht aus. Entscheidend für die Bildung der Allianz war auch, dass die GLP, die bis anhin vor allem in finanzpolitischen Fragen als rechte Hardlinerin auftrat, sich personell stark verändert hatte. Neue, in gesellschaftspolitischen Fragen offenere Kantonsrätinnen und einige Kantonsräte veränderten das Bild der Fraktion. Die neue Generation der GLP war auch nicht mehr vom Schisma mit den Grünen geprägt.

### Blinder Fleck: Die Finanzen

Es war allen Beteiligten klar, dass diese Allianz nur eine beschränkte sein kann. Wichtige Themen wie die Finanzen waren von Anfang an ausgeklammert. Die GLP wollte sich hier nicht einbinden lassen. Ihre Finanz-Partnerinnen waren nach wie vor SVP und FDP. Es wurde aber in der Allianz auch gegenüber der GLP in den regelmässigen Sitzungen immer wieder betont, dass es keine Allianzpolitik zum Nulltarif geben könne. Umwelt- und soziale Massnahmen kosten Geld.

Ohne uns hat die Kooperationsallianz keine Mehrheit im Rat. Für die AL war es aber wichtig, dass wir nicht einfach als Mehrheitsbeschafferin fungieren. Wir betonten von Anfang an, dass es die finanzielle Unterstützung des Kantons für die Gemeinden braucht, damit diese ein flächendeckendes Netz an ausser- und vorschulischer Betreuung auf die Beine stellen können. Ohne soziale Themen keine Allianz. Die Schattenseite für uns als kleinste Partnerin in einer Allianz bedeutet, auch Dingen zuzustimmen, die für uns schief in der Landschaft stehen. Der Hype von GLP und EVP, eine Offensi-

ve für die E-Mobilität zu pushen, war schwer zu verdauen. Doch führte diese Unterstützung dazu, dass das für uns wichtige Thema der Kinderbetreuung als Motion, also als verbindlicher Gesetzauftrag, an den Regierungsrat überwiesen wurde.

### Bilanz bis heute sicher positiv

Die Kooperationsallianz wird in vielen Fragen als neue Mehrheit wahrgenommen. Nebst vielen Umwelthemen, z.B. dem Energiegesetz, konnten wir auch Akzente in anderen Gebieten - Transparenz der Parteienfinanzierung, Kinderbetreuung - setzen. Die - mediale - Aussenwahrnehmung ist dabei grösser als der effektive Wert der überwiesenen Vorstösse. Nach Jahrzehnten rechtsbürgerlicher Dominanz im Rat kann gegen innen und aussen gezeigt werden, dass auch in diesem Kanton eine andere Politik möglich ist.

Die Diskussionen der Kooperationsallianz, die sich jeden Monat trifft, sind offen, kontrovers und dienen der Vertrauensbildung. Damit kann auch Druck auf jene Parteien ausgeübt werden, die in sich am wenigsten gefestigt sind und wo verschiedenste Ansichten bestehen. Der Entscheid der GLP, die rechtsbürgerliche Steuersenkungspolitik zu unterstützen, soll dem Vernehmen nach innerhalb der Fraktion nur knapp gefallen sein.

### Wie geht es weiter?

Für die Zukunft wird entscheidend sein, ob es gelingt, die Kooperationsallianz auf weitere Themen auszuweiten. Ohne Einschluss der Finanzen und der Steuerpolitik wird die Allianz immer amputiert bleiben. Ihr wird der Ruf anhaften, nur Dinge zu beschliessen, die nicht allzu viel kosten, und nur für Umweltanliegen, nicht aber für das Personal Mittel bereitzustellen. Wichtig ist, dass solche Allianzen nicht einfach statische Gebilde sind, sondern sich entwickeln können. Wenn die Richtung wie bis anhin stimmt, hat diese Allianz Chancen, weiterhin soziale und fortschrittliche Entwicklungen anzustossen. Die AL hat dafür zu sorgen, dass soziale Themen einschliesslich der nötigen Finanzierung auf die Agenda kommen. Ohne soziale Themen wird diese Allianz für uns wenig Sinn machen.

**Markus Bischoff, AL-Kantonsrat  
und Fraktionspräsident**

## Erfolgstag im Kantonsrat



**Die Kantonsratsfraktion der Alternativen Liste ist klein. Mit gerade mal sechs Nasen von 180 Mitgliedern müssen wir uns gut verbünden, um Erfolge bei Vorstössen zu erzielen. Hinzu kommt, dass die Lin-**

**ke im Kantonsrat keine Mehrheit hat. Trotzdem gibt es erfolgreiche Tage.**

Der 9. Mai 2022 war so ein Tag. Als Start in die Ratssitzung wurde der erste AL-Verwaltungsrichter, José Krause, mit einem sehr guten Resultat von 135 Stimmen gewählt.

Kurz darauf wurde das Gesetz über die politischen Rechte – «Vereinfachung der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen» – behandelt. Eine sehr technische und detailreiche Gesetzesvorlage. Grundsätzlich unterstützte die AL die Revision, auch wenn sie nicht in allen Punkten den Kommissionsanträgen folgte. Neu wird die Unvereinbarkeitsregel auf Statthalter:innen ausgeweitet und

bei sämtlichen Majorzwahlen ein Vorverfahren durchgeführt. Als Kernstück wird ein leerer Wahlzettel mit einem Beiblatt eingeführt, auf dem die Namen der vorgeschlagenen Personen aufgelistet werden.

Zu diesem Beiblatt stellte Kantonsrätin Anne-Claude Hensch in der zweiten Lesung für die AL einen Rückkommensantrag. Das Beiblatt solle neutral formuliert werden: Dazu sollten alle Kandidierenden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt und die Amtierenden mit dem Zusatz «bisher» gekennzeichnet werden. Mit diesem Antrag beabsichtigte die AL, dass Bisherige nicht – wie geplant – gegenüber neu Kandidierenden bevorzugt behandelt werden. Nach mehreren intensiven Diskussionen und einer Anpassung des ursprünglichen Antrags konnte die AL ihr Anliegen durchbringen.

Zu guter Letzt sammelte Kantonsrätin Judith Stofer an diesem Morgen erfolgreich ausreichend Unterschriften, um ihr Postulat zur lückenlosen Aufklärung der Herkunft der Bilder der Bührlle-Sammlung dringlich erklären zu lassen.

**Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin**

## Aktive Velopolitik



**In meiner ersten Ratssitzung mit politischen Inhalten wurde unter anderem ein Postulat meiner Vorgängerin, Olivia Romanelli, beraten, welches die grossflächige Einrichtung von Velosäcken mit Vor-**

**zugsstart fordert.**

Velosäcke werden die Flächen vor den Ampeln genannt, auf welchen sich die Velos vor den Autos auf der ganzen Breite aufstellen können. Mit dem Vorzugsstart bekommen die Velos eine eigene kleine Ampel, damit sie kurz vor den Autos losfahren können. In meinem Votum erinnerte ich an die Velofahrerin, die im Juni 2020 an der Ecke Badener-/Freihofstrasse von einem rechts abbiegenden Lastwagen überrollt wurde. Hätte sie einige Sekunden vor dem Lastwagen starten können, so wie dies bei Fussgängerampeln bereits normal ist, so wäre sie möglicherweise noch am Leben. Das Postulat wurde vom Rat angenommen. Wir hoffen auf eine motivierte Umsetzung

durch den Stadtrat, damit auch jene, die noch ungeübt sind auf dem Velo, sicher im rauen Verkehrsklima Zürichs unterwegs sein können.

Daneben hielt ich eine Erklärung zur Funktionsweise der Critical Mass und warum die geforderte Bewilligungspflicht nicht zu weniger Stau bei den anderen Verkehrsteilnehmenden, wohl aber zu einem unnötig grossen Polizeieinsatz führen würde. Auch hier folgte uns die Ratsmehrheit.

Weniger gut lief es in einem anderen Bereich: Wegen dem Umschwenken der SP-Fraktion im letzten Moment wurde die Parlamentarische Initiative der AL, den Aerialbonus und damit die ungerechte Privilegierung von grösseren Grundeigentümer:innen abzuschaffen, abgelehnt. Andere Planungsinstrumente, etwa der Gestaltungsplan, ermöglichten eine Einflussnahme der Stadt, um öffentliche Interessen, zum Beispiel bezahlbaren Wohnraum oder öffentliche Grünflächen, von den Grundeigentümer:innen als Gegenleistung für eine höhere Ausnutzung einzufordern.

**Michael Schmid, AL-Gemeinderat**

## Unbequem & links

**28. März:** Kantonsrat überweist die Motion «Das Öffentlichkeitsprinzip stärken» von AL-Kantonsrätin Judith Stofer. Sie verlangt eine Öffentlichkeitsbeauftragte, um Transparenz staatlichen Handelns zu verbessern.

**1. Mai:** An der Demonstration zeigt sich die AL zahlreich und farbenfroh. Das Podium der Gesundheitsgruppe zu «Marktlogik im Gesundheitswesen» stösst auf reges Interesse.

**9. Mai:** José Krause wird im Kantonsrat mit sehr guten 135 Stimmen zum ersten Verwaltungsrichter der AL gewählt.

**11. Mai:** Schnoddrige Nichtantwort der Regierung auf dringliche AL-Anfrage KR 2022/121 nach aktuellen Statistikdaten zu den Steuerbeschenken an Grossaktionär:innen. AL-Fraktion doppelt postwendend mit ordentlicher Anfrage nach.

**11. Mai:** Feuriges Votum von Neugemeinderat Michael Schmid gegen FDP-Postulat für Bewilligungspflicht für Critical Mass hat Erfolg und verschafft dem Redner den ersten Fernsehauftritt.

Gemeinderat unterstützt die parlamentarische Initiative der AL 2022/5 für höhere Normkostensätze in den KITAS zur Finanzierung von Qualitätsverbesserungen.

AL scheidet mit parlamentarischer Initiative 2022/18 für die Streichung der Ausnützungsboni bei der Arealüberbauung, weil die SP Unterstützung verweigert.

Dank Überweisung des Postulats 2021/312 von AL-Gemeinderat David Garcia Nuñez und Alt-Gemeinderätin Olivia Romanelli gibt es vielleicht bald einen durchgängigen (Floh-)Markt vom Münsterhof bis zur Stadthausanlage.

**23. Mai:** Der Rat überweist die Motion zur Stärkung der Aufsicht über den Notfalldienst von AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer. Diese verlangt Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen zur Beaufsichtigung der verschiedenen gewinnorientierten Organisationen des Notfalldienstes.

**1. Juni:** Gemeinderat überweist AL-Postulat 2022/126 für eine Energiezulage für einkommensschwache Miethaushalte. Damit sollen Mehrkosten in der Heizkostenabrechnung kompensiert werden.

## Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich,

PC 87-63 811-5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## City Card: Zwischen Tür und Angel



Mit dem Ja zur Ausarbeitung der Zürich City Card bekommt die Sorge für Menschen, die aufgrund ihres irregulären Aufenthaltsstatus möglichst un-

sichtbar unter uns leben, ein neues Gewicht. Wir haben schon oft darüber gesprochen, dass wir nun mit Spannung erwarten, welche Ideen der Stadtrat mit der Umsetzungsprüfung verfolgt und was für uns in diesem Prozess zentral sein soll.

Bis die Zürich City Card tatsächlich auf dem Tisch liegt, wünsche ich mir am meisten, dass sich die Zürcher:innen weiterhin Gedanken machen, welche Rollen wir Sans Papiers in unserer Gesellschaft zuordnen. Ich denke beispielsweise an den grossen Anteil der Arbeit von Sans-Papiers in Privathaushalten. Die Beschäftigung externer Haushaltshilfen in Privathaushalten hat in den letzten zwei Jahrzehnten stark zugenommen. Eine etwas ältere Schätzung der ETH ging bereits 2012 davon aus, dass 8000 weibliche Sans-Papiers in Privathaushaltungen des Kantons Zürich beschäftigt waren.

Oft führt eine Kapitulation vor zu vielen Anforderungen im Leben dazu, eine private Haushaltshilfe anzustellen: Wir schaffen es nicht mehr, «alles unter einen Hut» zu bringen. Die Haushaltsarbeit kann nicht mehr nebenbei bewältigt und muss ausgelagert werden. Was sagt das über unsere Gesellschaft, unsere Lebensschwerpunkte aus? Haushalts- und Reinigungsarbeit hat keinen Stellenwert. Wenn externe Arbeitskräfte unsere Wohnungen und Häuser reinigen, tun sie das meist in Abwesenheit der Dreckverursacher:innen; unsichtbar, was sozialer Anerkennung entbehrt. Im schlimmsten Fall bietet das private, diskrete Umfeld Boden für unwürdige Arbeitsbedingungen, schlechte Entlöhnung oder fehlende Sozialleistungen. Dagegen wehren sich insbesondere Menschen nicht, die Angst vor migrationsrechtlichen Konsequenzen haben.

Das knappe JA vom Wochenende reicht mir nicht. Es braucht unsere bedingungslose Solidarität mit Sans Papiers und unsere Ehrlichkeit zu ihrem Platz, inmitten von uns!

Tanja Maag, AL-Gemeinderätin

# Tagesschule 2.0

Nach den letzten Gemeinderatswahlen konnten wir in der Sachkommission endlich die Tagesschulverordnung unter Dach und Fach bringen. Nach zähem Ringen und Nachbessern ist aus der stadträtlichen Vorlage eine Verordnung geworden, die den Grundstein für eine Tagesschule legt, die diesen Namen auch verdient.

Was konnte im Vergleich zu den Pilotschulen verbessert werden? Drei gewichtige Anliegen - notabene von uns, der AL, beantragt - haben in die Verordnung Eingang gefunden:

1. Wir konnten die ungebundenen Mittag in der Verordnung verankern. Das ermöglichte uns, die Tarife der ungebundenen Mittag einkommensabhängig zwischen 4.50 und 18 Fr. zu fixieren.

2. Wir haben sichergestellt, dass bei der Betreuung am Mittag nicht weiter gespart werden kann. Neu stehen den Schulen für die Mittagsbetreuung mindestens 28 Fr. pro Schülerin und Schüler für eine Mittagszeit von 80 Minuten zur Verfügung (Kostenstand 2021), davon mindestens 19 Fr. für Personalkosten.

3. Zudem konnte der Mittagstarif dank einem Zusammenschluss von Grünen, GLP und AL bei 6 Fr. erhalten bleiben.

Leider sind aber auch einige AL-Anträge auf der Strecke geblieben – etwa die Einbindung der Nachmittagsbetreuung. Diese wird noch immer in der Verordnung «Kinderbetreuung» geregelt. Ebenso haben wir es noch nicht geschafft, dass Schulassistent:innen in der gleichen Lohnstufe wie FaBes entlöhnt werden. Damit könnten FaBes endlich auch an Schulen arbeiten und ihre miserablen Pensen – 30 Prozent, auf 4 Tage verteilt – aufbessern. Diese beiden wichtigen Punk-

te werden die nächsten grossen Schritte sein, die es anzugehen gilt, um den in der Verordnung postulierten Lebensraum Schule überhaupt zu ermöglichen. Für eine funktionierende Tagesschule ist es zentral, dass die Betreuung mit der Schule zusammenwächst. So können alle Beteiligten – das heisst Heilpädagog:innen, Lehrpersonen, FaBes oder Sozialpädagog:innen – ein Team bilden.

### Stadtrat legt sich quer

Doch zunächst gilt es eine ganz andere grosse Hürde zu überwinden: Der Stadtrat hat beschlossen, dem Volk bei der Abstimmung im September beide Verordnungen vorzulegen. Das heisst: die Verordnung des Stadtrats («Tagesschule Superlight») vs. die Tagesschulverordnung des Gemeinderats. In der stadträtlichen Verordnung wird die Mittagsbetreuung auf eine reine Aufsichtsaufgabe reduziert: Ein:e Sozialpädagog:in, drei FaBes und sechs Betreuungsassistent:innen sollen dafür sorgen, dass 100 Kinder im knappen Zeitraum des Mittags «nur» essen und spielen – ohne Beziehungsarbeit. Zudem würde ein Mittagessen 9 Fr. kosten. Für die ungebundenen Mittag müssten maximal 27 Fr. bezahlt werden. Diese wären aber nicht Teil der Tagesschulverordnung, sondern würden weiterhin in der Verordnung «Kinderbetreuung» geregelt.

Die AL wird sich mit aller Kraft für die Tagesschulverordnung des Gemeinderats einsetzen und hofft, dass sich diese gegen die Sparvariante des Stadtrats durchsetzt.

Natalie Eberle, alt Gemeinderätin



Tagesschule – nur mit angemessenen Arbeitsbedingungen (Bild: Schaffhauser Zeitung)